

# Weniger Schutz für geflüchtete Frauen

## **BRD: Lediglich asylsuchende Afghaninnen erhalten nahezu vollständig Anerkennung ihrer Anträge. Bei aufklärender Beratung über ihre Rechte wird gekürzt**

Von Yaro Allisat

Während deutsche Waffen Kriege in aller Welt befeuern und Millionen Menschen in die Flucht treiben, sinkt die Schutzquote für Asylsuchende hierzulande. Frauen, die wegen Gewalt, Armut oder Klimakatastrophen nach Deutschland fliehen, haben immer schlechtere Chancen, Asyl zu bekommen. Eine kleine Anfrage der Partei Die Linke beim Bundesinnenministerium ergab Anfang Mai, dass die bereinigte Schutzquote (also abgeschlossene Verfahren, in denen inhaltlich entschieden wurde) für geflüchtete Frauen von 63,7 Prozent 2023 auf 51,5 Prozent im vergangenen Jahr gesunken ist. Damit liegt sie zwar über dem Gesamtdurchschnitt, der sich im selben Zeitraum auf 37,5 Prozent fast halbierte; insbesondere für weibliche Geflüchtete aus Syrien, Iran und der Türkei sind die Chancen auf Asyl jedoch deutlich schlechter geworden. Insgesamt waren 40,6 Prozent der Asylersuchenden des Jahres 2025 weiblich.

Lediglich Asylsuchende aus drei Herkunftsländern – Afghanistan, Somalia und Eritrea – wurden auf gleichbleibend hohem Niveau anerkannt. Betroffenen des von der UNO als »Genderapartheid« eingeordneten frauenfeindlichen Regimes der Taliban in Afghanistan wird dabei nahezu zu 100 Prozent Schutz zuerkannt. Sie stellten so mit 89 Prozent die Mehrheit der 22.533 Frauen, bei denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im vergangenen Jahr eine geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtgrund anerkannte. Ihre Zahl ist somit ursächlich für einen deutlichen Anstieg in diesem Bereich der Schutzzuerkennung. Mit Blick auf alle anderen Herkunftsländer ist die Schutzquote laut Auswertung der fluchtpolitischen Sprecherin von Die Linke, Clara Büniger, kontinuierlich gesunken, mal mehr, mal weniger stark. Gleiches gilt für den Anteil der geflüchteten Frauen, die ihre Anerkennung über Familienschutz erhielten. Die Schutzquote hier sank zwischen 2023 und 2025 um knapp die Hälfte auf 22,2 Prozent.

Die politische Dimension der Entscheidungen wird deutlich beim Blick nach Syrien: Bis zum Sturz der Regierung von Baschar Al-Assad Ende 2024 erhielten syrische Frauen wie Männer nahezu 100prozentigen Schutz. Mit der Machtübernahme des Dschihadisten Ahmed Al-Scharaa sank sie im vergangenen Jahr auf 41,7 Prozent. Obwohl im Oktober 2025 sogar das UN-Flüchtlingshilfswerk »die wachsende Besorgnis hinsichtlich Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen« betonte und auf zahlreiche Berichte über

Frauen und Mädchen hinwies, »die von unbekanntem bewaffneten Akteuren entführt wurden, wobei sie einigen Berichten zufolge sexueller Gewalt und Zwangsheirat ausgesetzt waren«.

Viele flüchtende Frauen und Mädchen erreichen Europa jedoch gar nicht erst und sind sexualisierter Gewalt, Vergewaltigungen, Ausbeutung und Menschenhandel entlang von Fluchtrouten und in Flüchtlingslagern ausgesetzt. Besonders betroffen sind jene, die alleine fliehen oder Kinder versorgen müssen. Aber auch, wenn sie es etwa nach Deutschland schaffen, bleiben viele Frauen in prekären Situationen. In Gemeinschaftsunterkünften fehlt es häufig an ausreichend Schutzräumen, Rückzugsmöglichkeiten oder spezialisierter psychologischer Betreuung.

Unabhängige Beratungsstellen, die essentiell sind, um Fälle von Menschenhandel zu identifizieren oder Frauen über ihre Rechte aufzuklären, sind akut bedroht: Die Bundesregierung will im kommenden Jahr die Gelder für die nichtsstaatlichen Asylverfahrensberatungen (AVB) streichen. »Gerade mit Blick auf diese besonders vulnerable Flüchtlingsgruppe fatal«, warnt die Linke-Abgeordnete Büniger. Denn jenen, »die sexualisierte Gewalt erlitten haben, fällt es verständlicherweise oft schwer, sich gegenüber staatlichen Bediensteten zu öffnen«. Die Linke fordert daher »zwingend« den Erhalt dieser Beratungsstruktur. Die AVB bilden mit rund 220 Beratungsstellen unterschiedlicher Träger deutschlandweit den Grundstein für die behördenunabhängige Beratung Schutzsuchender. Auch die Gelder von Migrationsberatungen des Bundes wurden im vergangenen Jahr bereits gekürzt. Psychologische Beratungsstellen und Frauenhäuser berichten seit Jahren von zuwenig Geld und extremer Überlastung. Auch auf der Landesebene, wie beispielsweise in Sachsen, wurden die Mittel aufgrund angespannter Haushaltslage gekürzt.

Dabei ist das Verfahren zur Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung und der Erfahrung von Menschenhandel extrem schwierig. Zum einen scheuen sich viele Betroffene, davon überhaupt zu erzählen, oder sie wissen nicht, dass das für das Asylverfahren relevant ist. Zum anderen gibt es zwar speziell geschulte Anhörerinnen beim BAMF, doch auch sie legen den Maßstab der »Glaubwürdigkeit« an das Erzählte an. Da fast niemand materielle Beweise für Verfolgung und Gewalt vorlegen kann, stützt sich das Ministerium auf diese Einschätzung der Glaubwürdigkeit. Abgelehnt werden Asylanträge oft, wenn sie nicht detailliert genug sind – aber auch, wenn sie zu detailliert sind. Eine Gratwanderung für die Betroffenen. Traumatische Erfahrungen beeinflussen zudem die Erinnerung, wodurch Aussagen widersprüchlich wirken können. Beratungsstellen kritisieren deshalb seit Jahren, dass geschlechtsspezifische Fluchtgründe nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Auch der Familiennachzug ist mittlerweile mit zahlreichen Hürden verbunden: Die Verfahren der Botschaften dauern meist mindestens ein bis zwei Jahre. Für subsidiär Schutzberechtigte hat die Bundesregierung den Familiennachzug im vergangenen Jahr komplett ausgesetzt. Auch Trennungen von Eltern und Kindern gehören zum Alltag: Kommt ein minderjähriges Kind nach Deutschland, kann es über den Familiennachzug zunächst nur Eltern und keine Geschwister nachholen. Die Eltern müssen dann auf den eigenen Schutzstatus warten, bis die Kinder, die im Herkunftsland zurückbleiben, nachkommen

können. Gleichzeitig sind Frauen den Beratungsstellen zufolge häufig diejenigen, die unter schwierigsten Bedingungen Verantwortung für Familien übernehmen und Wege finden, sich trotz unsicherer Lebenslagen eine neue Existenz aufzubauen.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/523005.flucht-weniger-schutz-für-geflüchtete-frauen.html>*